

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,



zunächst an dieser Stelle ein persönliches Wort des dienstälteren Chefredakteurs: Nach insgesamt acht Jahren - davon drei als Chef vom Dienst und fünf als Chefredakteur - und fast 50 Ausgaben verlass ich DIE ENTSCHEIDUNG und auch die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union, um mich neuen Aufgaben im Bundesverkehrsministerium zuzuwenden. Es war eine großartige Zeit, wobei ich

mich jetzt auch darauf freue, die weitere Entwicklung unseres traditionsreichen Magazins als wohlwollender Leser zu verfolgen!

Die Nachfolge ist kompetent geregelt, so dass es mit un- vermindertem Schwung, aber auch neuen Ideen weiterge- hen kann: Nathanael Liminski, bisher Chefredakteur des JU-NRW-Magazins „Biss 35“, wird ab der kommenden Ausgabe das Kommando übernehmen. Wir wünschen ihm alles Gute!

Den Stabwechsel in der Chefredaktion vervollständigt der zweite Chefredakteur Younes Ouaqasse, der sich künftig auf sein Studium konzentriert und deswegen seine Tätig- keit bei der ENTSCHEIDUNG aufgibt. Wir danken ihm für seine Arbeit.

Die Chefredaktion wünscht eine spannende Lektüre.

Dr. Stefan Ewert

WEGE IN DIE POLITIK

„Mit Argumenten überzeugen“



„Meinen Vater kannte ich vor allem in seinen öffentlichen Funktionen als Bürgermeister und Abgeordneter“, erinnert sich Gerda Hasselfeldt an ihre Kindheit in der 2000-Seelen- Gemeinde Haibach in Niederbayern. „Politik war etwas ganz Selbstverständliches“. Ihre Eltern betrieben einen Bauernhof mit Metzgerei und Gasthaus, in dem nach den Gemeinderatssitzungen die

Gespräche weitergeführt wurden und in dem alle Vereins- sitzungen von den Bauern über die Sportler bis zu den Ve- teranen stattfanden. Hasselfeldt, Jahrgang 1950, und ihre vier Schwestern halfen im elterlichen Betrieb und kamen beim Bedienen schon früh mit den Stammgästen ins Ge- spräch. 1965 wurde ihr Vater in den Deutschen Bundestag gewählt. Tochter Gerda begleitete ihn auf Versammlungen und nahm Bürgeranrufe am Telefon entgegen.

„Eines Abends bediente ich als 18-Jährige im Gasthaus, als sich dort der Ortsverband der Jungen Union auflösen wollte“, so Hasselfeldt. „Alle waren doppelt so alt wie ich und niemand wollte mehr den Vorsitz übernehmen.“ Beim Bedienen habe sie gesagt: „Das könnt Ihr nicht machen.“ Die Antwort aus der Versammlung: „Dann mach Du es!“ So wurde Hasselfeldt spontan Mitglied der Jungen Union und sogleich deren Ortsvorsitzende. Schon bald darauf hatte sie Ämter auf Bezirks- und Landesebene der JU inne. „Junge Frauen waren damals in der CSU eher eine Selten- heit, umso mehr hat es mich motiviert, mit meinen neuen Ideen von den vielen älteren Männern akzeptiert und ge- fördert zu werden.“ Ihre Mutter beobachtete ihr politisches Engagement hingegen mit Sorge, da sie die zeitliche Be- lastung politischer Ämter und die Folgen für das Familien- leben von ihrem Mann her kannte und dies nicht auch noch ihrer Tochter zumuten wollte. „Aber ein hauptberufliches politisches Engagement war ohnehin nicht meine Absicht, zumal mir durch die Ämter meines Vaters nach damaliger Gesetzeslage kommunale Mandate versperrt waren“, be- tont Hasselfeldt. [...]

Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG



EURO

Drei Szenarien zur Lösung der Eurokrise



Wirtschaft und Bürger in Europa profitieren vom Euro: Sie genießen einen stabilen Binnen- sowie Außenwert der Währung. Außerdem können sie in der Eurozone ohne Währungsrisiko und Umtauschkosten einkaufen.

Allerdings hat der Euro auch Fehlanreize gesetzt, die dazu führten, dass die deutschen Ersparnisse in den Jahren seit der Euro-Einführung überdurchschnitt-

lich stark in die Peripheriestaaten geflossen sind, während die Gelder für Investitionen in Deutschland fehlten und die deutsche Wirtschaft nur unterdurchschnittlich wuchs. Die durch mangelnde Haushaltsdisziplin verursachte und vom Euro möglich gemachte massive Überschuldung einzelner Eurostaaten gefährdet heute die Stabilität der gesamten Eurozone.

Welche Optionen existieren zur Lösung der schwersten Krise des Euro seit seiner Einführung?

1. Dauerhafte Transfer- und Schuldenunion

Die GIP-Staaten werden ohne eine Umschuldung niemals zu erträglichen Bedingungen an den Kapitalmarkt zurückkehren können. Wenn eine Umschuldung dennoch kategorisch ausgeschlossen wird, wie dies aktuell getan wird, müssten die anderen EU-Staaten dauerhaft die Finanzierung dieser Staaten übernehmen - und zwar unabhängig davon, ob die Krisenstaaten die gesetzten Auflagen erfüllen oder nicht. Dies könnte über einen dauerhaften Euro-Rettungsschirm oder über sogenannte „Eurobonds“ geschehen. Eine derartige Transfer- und Schuldenunion liefe komplett dem in Artikel 125 AEUV niedergelegten No-bail-out-Verbot zuwider. Sie würde außerdem den unsoliden wirtschaftenden Staaten jeden Anreiz zum Sparen nehmen, da im Zweifel immer die EU das Defizit ausgleicht. Eine derartige Lösung würde mittelfristig als gefährlicher Spaltpilz für die europäische Integration wirken: In den Geberländern wie Deutschland, Finnland oder der Slowakei besteht kein Verständnis für die dauerhafte Finanzierung solcher Defizite. In den Empfängerländern besteht kein Verständnis für harte Konsolidierungs- und Reformauflagen wie die aktuellen Entwicklungen in Griechenland zeigen.

2. Umschuldung bzw. geordnete Insolvenz

Von nahezu allen Wirtschaftswissenschaftlern wird eine Umschuldung bzw. geordnete Insolvenz inklusive hartem Schuldenschnitt als notwendige Voraussetzung für eine Rückkehr Griechenlands an den Kapitalmarkt gesehen. Eine freiwillige Laufzeitverlängerung wird unter keinen Umständen ausreichen, den dramatischen Schuldenstand des Landes auf ein erträgliches Maß zurückzufahren. Eine Umschuldung wäre nicht zum Nulltarif zu bekommen, denn das Land wäre anschließend für mehrere Jahre vom Kapitalmarkt abgeschnitten. Außerdem müssten voraussichtlich griechische und andere europäische Banken gestützt werden, die besonders hohe Anteile an Griechenland-Anleihen in ihren Büchern haben. Allerdings wäre eine Umschuldung nach allen Szenarien langfristig günstiger als eine dauerhafte Transfer- und Schuldenunion. Eine Umschuldung unter Beteiligung privater Anleihegläubiger entspräche den Grundregeln der Marktwirtschaft, dass Gewinnchancen und Verlustrisiken stets miteinander verbunden sind. Eine Beteiligung privater Gläubiger würde das richtige Signal an Investoren sowie unsolide wirtschaftende Staaten setzen, damit sich eine derartige Überschuldung zukünftig nicht wiederholt.

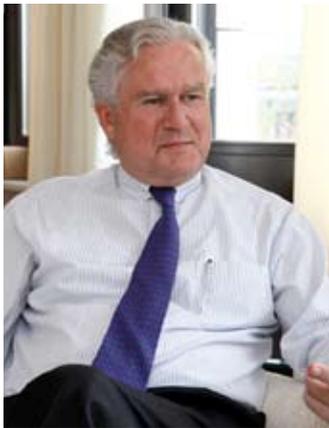
3. Austritt aus der Eurozone

Auf dem politischen Parkett gilt ein Austritt aus der Eurozone gegenwärtig noch als Tabu. Dennoch fragen sich viele Experten wie etwa der New-York-Times-Kolumnist und Nobelpreisträger Paul Krugman oder der US-Starökonom Nouriel Roubini, wie Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen will, ohne extern abwerten zu können. Wenn es Griechenland nicht gelänge, durch harte Reformen und eine innere Abwertung wieder wettbewerbsfähig zu werden, könnte eine Umschuldung nicht ausreichen, um dauerhaft für finanzielle Solidität zu sorgen. Ein Austritt aus einer Währungsunion würde zu sehr komplexen Herausforderungen führen. Die Option sollte aber nicht von vornherein komplett ausgeschlossen werden.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass es eine günstige oder gar kostenlose Lösung für die gegenwärtige Eurokrise nicht gibt. Wer allerdings eine dauerhafte Transfer- und Schuldenunion verhindern will, muss mit Hochdruck daran arbeiten, das europäische Finanzsystem so zu reformieren, dass es eine Umschuldung Griechenlands und gegebenenfalls Irlands und Portugals aushält. [...]

WIRTSCHAFTSKÖPFE: KURT LAUK

„Fleiß, Glück und Offenheit“



Unweit der „Charité“ in Berlin-Mitte hat der Wirtschaftsrat der CDU seinen Sitz. Dessen Präsident Kurt Lauk bewegt sich mühelos zwischen Disziplinen, die oft als fast unvereinbar bezeichnet werden. Denn der 65-Jährige ist nicht nur ein politischer Unternehmer und überzeugter Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, sondern findet auch „bis heute die Theologie spannend“. In der elterlichen Prägung des ge-

bürtigen Stuttgarters liegt der Schlüssel seines ungewöhnlichen Werdegangs: „Dritte Generation schwäbisches Pfarrhaus - mein Studienwunsch war von Anfang an Theologie“, erinnert er sich an seine Kinder- und Jugendzeit, die er zeitweise im evangelischen Stift in Tübingen verbrachte.

Ab 1967 studierte Lauk evangelische Theologie und Geschichte in Tübingen und München. Doch „die Diskrepanz zwischen Theologie und Gemeindefrömmigkeit“ brachte ihn nach seinem Fakultätsexamen in Kirchengeschichte und in systematischer Theologie davon ab, in den landeskirchlichen Dienst zu treten. Allerdings, räumt Lauk ein, half auch der Zufall ein wenig nach, dass sich sein Interesse nun stärker auf die internationale Politik und die Wehrpolitik verlagerte: Sein Vater, der als Pfarrer auch zeitweise Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg war, hatte einst den späteren Bundesverteidigungsminister und NATO-Generalsekretär Manfred Wörner konfirmiert. Und der aufstrebende CDU-Politiker stellte den jungen Universitätsabsolventen Lauk für einige Monate für sicherheitspolitische Recherchen ein, ehe dieser ab September 1972 mit einem DAAD-Stipendium nach Stanford ging. Ursprünglich wollte Lauk dort seine Dissertation über die Amerika-Zeit des Frühsozialisten Wilhelm Weitling schreiben. Erneut sorgte jedoch ein Zufall für eine weitere Wendung - auf dem Campus schlug ihm ein französischer Kommilitone vor, zu einer Vorlesung über Nuklearstrategie und Rüstungskontrolle mitzugehen. Lauk tat es und meldete sich, als am Ende der Vorlesung ein Autor für einen Aufsatz über ethische Implikationen der Abschreckungsstrategie gesucht wurde. Nach Abgabe des Textes wurde ihm eine Assistentenstelle angeboten, so dass er seinen Aufenthalt in Stanford verlängerte. Dort lernte er dann den renommierten Wahlforscher und Kieler Politikprofessor Werner Kaltefleiter kennen, der „auf der Durchreise“ war.

Lauk gewann ihn als Doktorvater, ging für zwei Semester nach Kiel und promovierte in Politikwissenschaft über Sicherheitspolitik.

Parallel zum Abschluss der Dissertation, mit der Lauk sich die Chance zu habilitieren offen halten wollte, machte er in Stanford 1977 seinen MBA an der Graduate School of Business. „Ich hatte erkannt, dass die amerikanischen Business-Schools für Geisteswissenschaftler oder Ingenieure nach dem Grundstudium eine interessante Möglichkeit sind, einen neuen Berufsweg einzuschlagen“, erklärt Lauk seine Umorientierung ins Wirtschaftsfach. Da er bereits die akademischen Abhängigkeiten in Deutschland skeptisch sah, lehnte er auch Avancen - u. a. vom späteren Ministerpräsidenten Lothar Späth - ab, in der Politik zu arbeiten. Es zog ihn in die Wirtschaft. „Ich hatte nach dem MBA vier Stellenangebote, obwohl Headhunter zu mir nach dem zehnjährigen Studium dreier Fächer und drei Abschlüssen sagten, ich sei zu alt, wisse nicht, was ich wolle, und sei somit nicht vermittelbar.“ 1978 fing er als Consultant bei dem damals noch kleinen, aber schnell wachsenden Beratungsunternehmen Boston Consulting Group in München an, das er 1984 als Vizepräsident verließ, um Vorsitzender der Geschäftsführung der „Zinser Textilmaschinen GmbH“ zu werden. Bei den folgenden Stationen - 1989 bis 1992 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Audi AG, 1992 bis 1996 Finanzvorstand der VEBA AG und 1996 bis 1999 Vorstand DaimlerChrysler AG Nutzfahrzeuge - standen für Lauk die Bereiche Maschinenbau/Automobil und IT im Mittelpunkt. „Bei Daimler kam ich mit dem Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp nicht mehr zurecht, was nicht persönlich, sondern sachlich begründet war. Ich hatte monatelang intensiv über den Kauf von Nissan verhandelt, als Schrempp plötzlich die Entscheidung für Mitsubishi verkündete. Trotz meiner Warnung.“ Obwohl Lauk die Nutzfahrzeugsparte erfolgreich aus den roten Zahlen geführt hatte, trennten sich die Wege. „Einen Tag, nachdem die Trennung in der Zeitung zu lesen war, bekam ich per Fax ein Angebot, Fakultätsmitglied der Stanford University zu werden. Ich kam damals im Silicon Valley genau in den ersten Internet-Hype hinein. Dort herrschte Aufbruchstimmung, es gab viele neue Ideen, auch wenn betriebswirtschaftliche Grundsätze außer Kraft gesetzt wurden. Aber die Dichte der innovativen Unternehmen war beeindruckend.“ Fehlschläge seien dort keine Niederlage, sondern eine Erfahrung. Seitdem unterstützt Lauk als Präsident von Globe Capital Partners Private-Equity-Investitionen in die „new economy“. Zudem ist er der amerikanischen Kapitalbeteiligungsfirma „Silver Lake“ verbunden, die kürzlich den Internetdienst „Skype“ an Microsoft verkaufte. [...]

AKTIV

Endlich Sommer...

...und nun geht's auf Sommertour! Frischluft e.V., der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband, bietet zahlreiche Ferienaktivitäten an, vom Kinderferienprogramm vor Ort bis hin zu Sommerferienfreizeiten in ganz Deutschland. Frischluft-Freizeiten sind grundsätzlich für jedes Kind und jeden Jugendlichen erschwinglich, durch öffentliche Förderung und eine soziale Staffelung können Frischluft-Maßnahmen mit niedrigen Teilnehmerbeiträgen angeboten werden.

In diesem Jahr bietet allein der Bundesverband drei Sommerferienfreizeiten an: Nach Eschwege zur Erkundung des Länderdreiecks Niedersachsen, Hessen und Thüringen, auf die Insel Usedom in den Ferienpark Colorado bei Ückeritz und eine an die spanische Costa del Maresme nach San Pol de Mar.

Alle Infos zu den Sommerferienfreizeiten und weiteren Maßnahmen von Frischluft e.V. gibt es in der Frischluft-Bundesgeschäftsstelle unter 030/ 44 04 22 05 oder auf www.frischluft-ev.de.



AKTIV

Offene Diskussionen

fürhte die JU NRW auf zwei Kongressen. Zunächst wurde unter der kontrovers gefassten Fragestellung „Moderner Konservatismus - Zukunft nur mit Frauenquote?“ sowohl der Debatte über das Konservative als auch der Frage nach einer veränderten Einbindung von Frauen in die Politik ausreichend Rechnung getragen. „Wir sehen, wie wichtig eine feste Wertepositionierung insbesondere für junge Menschen ist. Zu diesen Themen haben wir sicher nicht die letzte Diskussion geführt“, sagte sich JU-NRW-Chef Sven Volmering. Gemeinsam diskutierten JU und Senioren Union auf dem dritten Kongress über das Thema „Zukunft gemeinsam gestalten - Gesundheitspolitik, ein Fass ohne Boden?“. „Ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen muss sich flexibel an die Erkenntnisse und Therapien des medizinisch-technischen Fortschritts anpassen. Die Herausforderung wird die Frage der Finanzierung bleiben. Daran müssen wir zusammen arbeiten“, so Volmering.

